Preis 0,80 M

Deutsche Liga für Völkerbund.

Heft I.

Staatssekretär Erzberger:

Der Völkerbund als Friedensfrage.

1919

Verlag von Reimar Hobbing
in Berlin.

St. u. R. G. 1018 (1)

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die Arbeitsräume der Deutschen Liga für Völkerbund befinden sich in Berlin, Unter den Linden 78.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Deutsche Liga für Völkerbund.

Heft I.

Staatssekretär Erzberger:

Der Völkerbund als Friedensfrage.

1919

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

LANDES-
UND STADT-
BIBLIOTHEK
DÜSSELDORF

(1)
Sk. u. R. g. 1018.
zk

Rede

gehalten am 27. Dezember 1918
in der Berliner Handelshochschule

auf Einladung der Ältesten der
Kaufmannschaft von Berlin.

Ag. g. 265
4164. 548

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die Notwendigkeit des Völkerbundes ergibt sich aus dem unter Blut und Tränen erfolgten totalen Zusammenbruch des bisherigen international-politischen Systems, das ausschließlich auf Gewalt und Rivalität der Nationen beruhte. Das politische Mittel des bisherigen Systems waren offene und geheime Bündnisse, das Prinzip des Gleichgewichtes der Mächte und letzten Endes die Drohung mit dem Krieg. Jede Nation suchte auf Kosten der anderen möglichst viel für sich zu erreichen. Der Druck der großen Heere, die Zahl der Kanonen und Maschinengewehre stand im Hintergrund. Gegenseitiges Mißtrauen beherrschte die internationale Lage. Eine Spannung löste die andere ab: vom Burenkrieg über Tanger, über die bosnische Krisis, über Agadir nach Tripolis, die Balkankriege, die serbische Frage: das Signal zum Weltkrieg. Trübte sich der politische Himmel, erzitterte die Welt. Ein Druck auf den Knopf genügte, um die ganze furchtbare Maschinerie des bewaffneten Friedens in Gang zu setzen und so alles zu gefährden, was die Menschheit Großes geschaffen hat und was das Leben lebenswert macht. Die Angst vor Katastrophen, die weitblickende Geister voraussahen, erzeugte Lavieren und Verlogenheit. Die Diplomatie der alten Schule mußte auf diesem Boden arbeiten einerseits durch rücksichtsloses Vorgehen zum Vorteil des eigenen, zum Nachteil der anderen Völker, andererseits

Das bisherige international-politische System: Gewalt.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

durch Verschleierungen, unwürdiges Zurückbiegen und Demütigung, wenn sie sich mit einem unbedachten Wort oder einer unüberlegten Tat zu weit vorgewagt hatte. Das sittliche Prinzip war aus den Beziehungen der Völker ausgeschaltet. Moral und Politik sollten nichts miteinander gemein haben, sondern wurden vielfach als unvereinbare Gegensätze bezeichnet. So herrschte, wenn auch in verfeinerter Form, das alte Raubsystem. Es hinderte die Völker an der Zusammenarbeit zum Besten der Allgemeinheit. Krasser, uneingeengter Egoismus wurde im Zusammenleben der Völker der Leitstern für die einzelne Nation.

Mehr als vier Jahre blutigen Weltringens haben gezeigt, in welch furchtbarer Weise die jahrelang aufgehäufte Spannung explodierte. Die ganze Welt ist in den Strudel gezogen, die ganze Welt steht im Kampfe und hat dadurch wider Willen gezeigt, daß im Grunde die Interessen der Menschheit so stark gemeinsam sind, daß kein Krieg mehr auf zwei oder drei Völker lokalisiert werden kann. Er zwingt nahezu alle in seinen Dienst. Die Chinesen in Frankreich und Rußland, die Schwarzen, Braunen und Gelben an der französischen Front sind die Merkmale dieser Situation. Die unersetzbaren Folgen sind Millionen von Toten, Millionen Verkrüppelte, Millionen Waisen. Milliardenwerte sind zertrümmert, Menschheitswerte zerstört. Aber die Folgen des Weltkrieges greifen noch tiefer. Der Krieg ist die Gesetzlosigkeit nach außen und hat ganz naturgemäß die Gesetzlosigkeit im Innern zur Folge. Das sittliche Bewußtsein in den breitesten Volksschichten ist geschwunden, Wucher und Roheit sind an der Tagesordnung. Der lange, alles zerstörende Krieg bereitete den Weltbolschewismus vor. Die Triebfeder des bisherigen Systems nach außen zeigt sich auch im Innern: Gewalt. Andere Werte werden nicht mehr geachtet.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

So stehen wir heute vor dem völligen Zusammenbruch dieser Gewaltanarchie. Ein neues System muß an ihre Stelle treten: das System des Rechts. Das Recht hat im innerstaatlichen Leben sich schon längst siegreich durchgesetzt. Ohne gesetzliche Ordnung gibt es kein Staatswesen, ohne internationale Rechtsordnung kein gesichertes Weltwesen. Der Völkerbund ist nur die sinnentsprechende Uebertragung der inneren Staatsordnung auf die äußere Staatenordnung. Wenn der Weltkrieg kommen mußte, um diese Anschauung mehr als bisher zum Gemeingut zu machen, dann sind die großen blutigen Opfer doch nicht umsonst gebracht worden, aber auch nur dann. Wenn neue Entwicklungen auch von selbst kommen, so gestalten sie sich doch nicht von selbst. Daher ist die Mitarbeit aller Menschen und Völker notwendig, um den Gedanken der Gemeinschaft, den Völkerbundgedanken, zu verwirklichen. Wie ein schweres Erlebnis im Leben des Einzelmenschen tiefgreifende Veränderungen hervorruft, so müssen auch Völkerkatastrophen den Antrieb zu einer neuen Entwicklung bringen und diese zum guten Ende führen. Der Völkerbund ist die Organisation der Gemeinschaft im Recht und durch das Recht, also könnte man sagen: zunächst eine juristische Angelegenheit. Doch diese Auffassung würde nur dem äußeren Schein gerecht.

Das neue System: Recht.

Der Gedanke des Völkerbundes geht tiefer. Er ist eine weltentscheidende Frage. Er will einer neuen Auffassung von Politik zum Sieg verhelfen. Wer die Idee des Völkerbundes ganz erfaßt hat, wendet sich ab von dem Irrtum der letzten Jahrhunderte, der die Trennung von Moral und Politik als etwas Selbstverständliches hinnahm. Große Geister sind diesem Irrtum verfallen, aber ihr System ist mit dem Weltkrieg und seinem Ausgang zusammengebrochen. Die ewigen Leitsätze der

Moral und Politik.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Moral, die das Einzelleben erträglich und glücklich gestalten, müssen in gleicher Weise maßgebend sein für das Zusammenleben der Völkergenossen mit einander, wie auch für den gegenseitigen Verkehr der Völker überhaupt. Der liberale Staatsrechtslehrer Rümelin hat das alte System in folgenden Sätzen gekennzeichnet:

„Der Staatsmann kann nicht in zwei Menschen zerlegt werden, von denen der Nichtpolitiker ein Gewissen hätte, der Politiker aber nicht. Vielmehr ist leicht das gerade Gegenteil nachzuweisen. Wir halten in allen Dingen den für stärker verpflichtet, der für andere zu handeln hat, als den, der nur seine eigene Sache führt. Meinen eigenen Vorteil außer acht lassen, gereicht mir nicht zum Vorwurf; als Vormund und Verwalter fremden Gutes werde ich im gleichen Fall strafbar. An den Entschließungen der Staatslenker hängt das Wohl von Millionen; wie ihr Mandat das höchste ist, so ist auch ihre Verantwortung die größte und schwerste. Hiermit ist jedoch nur der Politiker unter das Sittengesetz gestellt, nicht auch seine Politik. Dem Staatsmann wird nur der höchste Grad von Pflichtgefühl auferlegt, aber der Inhalt seiner Pflichten ist ihm damit nicht bezeichnet."

Der Erneuerer Preußens, der vor mehr als 100 Jahren einen völlig zusammengebrochenen Staat zum Leben wiedererweckte, Freiherr von Stein, sagte demgegenüber zutreffend und ohne Ausnahme und Vorbehalt:

„Nicht Reichtümer und Aufklärung, sondern tapfere, reine und fromme Völker sichern die Zukunft der Staaten."

Der erste Präsident der Vereinigten Staaten. Washington, hat in seiner ewig denkwürdigen „Ab-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

schiedsadresse an das amerikanische Volk" die bindende Norm aufgestellt:

„Religion und Moralität sind die unveräußerlichen Stützen der öffentlichen Wohlfahrt. Der ist kein Mann des Vaterlandes, der diese mächtigen Pfeiler der menschlichen Glückseligkeit untergräbt. Jeder wahre Politiker ehrt und liebt sie ebenso gewiß wie jeder fromme Mensch. . . . Vernunft und Erfahrung beweisen, daß Moralität im Volke ohne Religiosität nicht bestehen kann. Gerade sie sind es aber, die einer Volksregierung erst Lebenskraft geben müssen."

Der Völkerbundgedanke ruht auf den von Washington verkündeten Prinzipien, die die Grundsätze des Privatlebens im Staatsleben und im Völkerleben zur uneingeschränkten Durchführung bringen.

Der Völkerbund wird also nicht nur Organisation an die Stelle der Anarchie setzen, sondern auch das ewige Recht an die Stelle der augenblicklichen Gewalt treten lassen und der Moral im Leben der Völker den gleichen beherrschenden Einfluß zuweisen wie der Moral im Leben des einzelnen.

Völkerbund — eine realpolitische Notwendigkeit.

So ist der Völkerbund eine sittlich-politische Pflicht im Interesse des einzelnen und aller Völker. Damit nützt er aber auch dem Einzelvolk am meisten. Was will denn jedes Volk? Zunächst Sicherheit gegenüber anderen Völkern. Diese Sicherheit ist im Völkerbund besser gegeben als im bisherigen System, das kein Volk davor bewahrte, vielfach gegen seinen Willen mit in den Krieg hineingezogen zu werden. Die Solidarität der Völker bewahrt jedes Einzelvolk vor solchen Katastrophen, schützt die Völker vor den Angriffen ein-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

zelner durch die Vereinigung gemeinschaftlicher Machtfaktoren. Die große Entwicklung der Menschheit geht auf die soziologische Organisation. In allen Völkern hat sich mehr oder weniger bereits auch die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Organisation mit anderen Völkern das eigene Volk besser schützt, als wenn das einzelne Volk sich auf die Kraft seiner Bajonette verläßt.

Von diesen idealen Momenten abgesehen, muß aber der Völkerbund kommen aus praktischen Gründen. Das bisherige System bedurfte ungeheurer Mittel, um „gerüstet" zu sein. Vor 15 Jahren schon betrugen die Rüstungsausgaben der europäischen Völker 49 % der Gesamtausgaben. Das Heer- und Marinewesen verschlang neunmal so viel Geld wie der öffentliche Unterricht und fünfundzwanzigmal so viel wie die Rechtspflege. Welche Summen der Weltkrieg gekostet hat, das kann heute noch niemand sagen. Ginge das alte System weiter, so müßten angesichts der technischen Vervollkommnung der Kriegsmaschinen die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu tragen sind, von dem Menschenverbrauch gar nicht zu reden. Der Krieg hat überall Not an unentbehrlichen Gegenständen des täglichen Bedarfs gezeitigt. Die Völker haben Mühe, genügend Arbeitskräfte für die Herstellung dieser Gegenstände freizustellen. Der wirtschaftliche Aufbau braucht alle Arbeitskräfte. Keine Hand darf der produktiven Arbeit entzogen werden. Der Wiederaufbau des gesamten Wirtschaftslebens ist ein Problem, das sich zusammensetzt aus der Frage der Rohstoffe und der Oekonomie der Menschenkräfte. Aus wirtschaftlichen Gründen muß daher ein System für internationale Sicherheit und internationales Zusammenleben erwählt werden, das keines Apparates bedarf, der Geld und Material in unproduktiver Arbeit aufsaugt. Dieses

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

System kann nur das Rechtssystem sein, aufgebaut auf einem Frieden der Gerechtigkeit: der Völkerbund.

Völkerbund und deutsche Traditionen.

Der Völkerbund entspricht den Traditionen Deutschlands. Das zusammengebrochene preußisch-militaristische System und dessen Einfluß auf Schulen und öffentliche Meinung haben es freilich mit sich gebracht, daß das Bewußtsein von Rechts- und Gemeinschaftstradition in Deutschland ziemlich geschwunden ist. Unsere Vorfahren hatten starken Drang zur Genossenschaftsbildung. Von da aus ist es nur ein Schritt zum Schiedsgerichtsgedanken. Schon das alte Frankenreich war eine Art Staatenbund. Die Aufgabe der Reichsversammlung war, Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege beizulegen. Die Hansa, der Rheinische Städtebund, der Kurverein von Rhense, sie alle hatten feste Formen für Schiedsgerichte. Das Reichskammergericht sollte den ewigen Landfrieden aufrichten. Erst die Dezentralisation des Reiches und die Erstarkung der Gerichtsbarkeit der Landesfürsten schob den Gemeinschaftsgedanken im Rechte beiseite, um ihn bei Beginn des 19. Jahrhunderts wieder aufkommen zu lassen. Was Kant in seinen vielen Schriften zum Ausdruck brachte, soll heute im Völkerbund verwirklicht werden. Wer Kant heute liest, der wird glauben, Kant habe seine denkwürdigen Werke unter dem Eindruck des heutigen Menschheitselends geschrieben. In der deutschen Bundesakte von 1815 verpflichteten sich die Bundesmitglieder, „einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen". Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich machten aus dem alten Bund einen wirklichen Bundesstaat. Nach Artikel 76 der Reichsverfassung erledigt der Bundesrat Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Bundesstaaten. Der bundesstaatliche Charakter Deutschlands nähert sich

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

in der Form den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die auf Gemeinschaftsgedanken und Anerkennung der Rechtsinstanz beruhen. Wenn das neue Deutschland sich auf die uralten deutschen Grundgedanken besinnt und sie ganz in sich aufnimmt, wenn die „Vereinigten Staaten von Deutschland" aus der jetzigen Umwälzung hervorgehen, dann findet es im Völkerbund nur alte Bekannte seiner Vorfahren.

Völkerbund und Kriegsverhütung.

Der Völkerbund braucht nicht aus dem Nichts geschaffen zu werden. Vor dem Krieg bestand eine Art Zweckverband der Staaten, internationale Verträge, internationale Bureaus. Aber alle litten sie an dem Fehler, daß es an einem verpflichtenden Zwang für die Staaten mangelte. Die Staaten waren Richter in eigener Sache, jeder Staat sorgte für sich selbst. Aus Mißtrauen und Rivalität erwuchs die Koalitionspolitik der Großmächte. Gerade die Mittel, die den Krieg verhüten sollten, bereiteten diesen vor. Heute ist die Hauptfrage: Wie können künftig Kriege verhütet werden? Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt der Völkerbund. Die Kriegsverhütung ist zugleich Ursache und Zweck des Völkerbundes. Kriegsverhütung ist aber nur möglich durch allseitige Anerkennung des Rechts und die Voraussetzung gegenseitiger Anerkennung politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung — ein großes Streben, das die Weltgeister der Menschheit stets vereinigt hat. Schon der große Augustinus sagt: „Rühmlicher ist es, den Krieg durch das Wort zu töten, als die Menschen durch das Schwert." — Die Anerkennung des Rechts setzt aber Rechtsinstitutionen voraus. Diese Rechtsinstitution ist gegeben im obligatorischen Schiedsgericht für alle Streitfälle, welcher Art sie auch sein mögen. Das Schiedsgericht hat schon in der Haager Konferenz eine große Rolle gespielt. Gegenüber

Obligatorisches Schiedsgericht:

Der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Völkerbundes.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

dem alten Deutschland ist der Vorwurf nicht unbegründet, daß es dem Schiedsgerichtsgedanken durch Verneinung von dessen allgemeiner Durchführbarkeit schwer geschadet hat. Aber Deutschland schadete sich damit selbst auch schwer. Die Ablehnung des Schiedsgerichtsgedankens gehörte zum alten militaristischen System, dessen eine köstliche Blüte so weit ging, daß derjenige Offizier, der bei den Haager Konferenzen den Gedanken der Abrüstung am schwersten bekämpfte, dafür von der juristischen Fakultät einer preußischen Universität zum Ehrendoktor ernannt wurde. (Heiterkeit.) Der Schiedsgerichtsgedanke muß jetzt ganz und uneingeschränkt angenommen werden. Es ist keine Zeit mehr, sich darüber zu unterhalten, welche Streitfälle vor das Schiedsgericht gehören und welche nicht. Die Antwort kann nur lauten: alle. Auf halbem Wege darf man nicht mehr stehen bleiben. Die Anerkennung des obligatorischen Schiedsgerichtes bedeutet keine Beeinträchtigung der Freiheit der einzelnen Staaten, da die Beeinträchtigung allen Staaten gemeinsam ist. Die Bindung an das Schiedsgericht bedeutet für den Einzelstaat nur eine Bindung, wie jeder Staatsvertrag sie mit sich bringt. Man darf auch künftig nicht mehr unterscheiden zwischen gerichtsfähigen und nichtgerichtsfähigen Streitfällen. Alle Streitfälle zwischen Völkern sind gerichtsfähig, denn sie gehen letzten Endes auf ganz konkrete Differenzen zurück, die juristisch faßbar sind. Sie werden zusammengefaßt in einem Ultimatum, wie das ganz typisch der Streitfall zwischen Serbien und Oesterreich im Jahre 1914 zeigt. Es ist zuzugeben, daß die Rechtsnormen für verschiedene internationale Konflikte noch in den Anfängen liegen, aber auch im innerstaatlichen Recht gibt oft nicht eine detaillierte Norm, sondern das Ermessen des Gerichtshofes den Ausschlag. Unser Reichsgericht ist darin vorbildlich, indem es nicht nur Urteile fällt, sondern rechts-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

bildend wirkt. Neue Tatsachen erzeugen auch neue Rechtssätze. Die Gefahr der Majorisierung durch das Schiedsgericht ist ausgeschlossen. Nicht der Völkerbund ist das Schiedsgericht, sondern der Völkerbund ist die Einrichtung, welche zu Schiedsgerichten zwingt und Schiedsgerichte zur Verfügung stellt. Die Schiedsrichter selbst werden von jeder der streitenden Parteien gewählt und zwar unter Zustimmung der Volksvertretung. Die Parteien gemeinsam wählen den Obmann. Zur erhöhten Rechtssicherheit kann man an zwei Instanzen denken. Der Einwand, daß diese Schiedsgerichte nicht absoluteste Objektivität verbürgen, ist unbegründet. Es gibt auch im staatlichen Zusammenleben keine richterliche Instanz, welche absoluteste Objektivität im voraus verbürgt. Aber selbst ein Fehlurteil des Schiedsgerichtes ist nicht so schlimm wie ein verlorener Krieg (sehr wahr!), das wird mir heute ganz Deutschland bestätigen. (Erneute Zustimmung.)

Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ist der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Völkerbundes.

Abrüstung.

Die zweite Voraussetzung ist die Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft. Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung bedingen sich gegenseitig. Das Schiedsgericht läßt auf den Gewaltapparat verzichten. Es war ein leichtsinniges Wort: „Si vis pacem, para bellum". Es ist das Stichwort des Imperialismus und hat denselben Wahrheitsgehalt, wie wenn man sagen wollte: Wer keine Feuersbrunst will, der sprühe Funken in ein Pulverfaß. Das Wettrüsten der letzten 20 Jahre hat die ganze internationale Atmosphäre vergiftet. Der militärische Apparat wird zu leicht Selbstzweck. Typisch hierfür ist der Vorgang bei Ausbruch des Krieges. Die in Gang gesetzte Mobilmachung läßt sich nicht aufhalten, wie der frühere Zar Nikolaus depeschierte. Die all-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

gemeine Zwangswehrpflicht paßt nicht in die Zukunft des Rechtes, weil sie immer wieder zum Militarismus führt. Erhöhung der Präsenzstärke und Verlängerung der Dienstzeit sind von den Staaten immer gegenseitig ausgespielt worden. Unerträgliche Finanzlasten waren die Folge, die aber in einem Krieg keine Zinsen bringen. Die entsittlichenden Folgen der Zwangswehrpflicht hat mit seherischem Blick Leo XIII. schon vor 24 Jahren dahin zusammengefaßt:

„Welches die Lage Europas ist, sehen wir mit unseren Augen. Schon seit vielen Jahren haben wir vom Frieden nicht viel mehr als den Schein. Da das gegenseitige Vertrauen geschwunden und dem Argwohn Platz gemacht, sind fast alle Nationen um die Wette damit beschäftigt, sich zum Kriege zu rüsten. Die unerfahrene Jugend wird in die Gefahren des Militärlebens gestürzt, wo sie des Rates der Eltern entbehren muß und ihrer Autorität entzogen ist. In der Blüte und Kraft der Jahre wird die junge Männerwelt weg vom Ackerbau, von heilsamen Studien, von Handel und Gewerbe zu den Waffen einberufen. Daher ist auch infolge der ungeheuren Ausgaben der Staatsschatz erschöpft, der Reichtum der Länder zusammengeschmolzen, das Vermögen der einzelnen schwer geschädigt. Wir sind bereits soweit gekommen, daß der bewaffnete Friede allgemach unerträglich geworden. Sollte ein derartiger Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein natürlicher sein?“

Allgemeine Wehrpflicht.

Man hat dem Zwang des Militarismus so gern nachgerühmt, daß er die Schule des Gehorsams sei. Der Gehorsam läßt sich aber auf andere Weise wirksamer und dauernder erzielen als auf dem Kasernenhof. (Sehr richtig!) Die schwachen Füße dieses Gehorsams haben wir in den Tagen der deutschen Re-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

volution kennen gelernt (sehr richtig!), wo eine Hand voll Männer das ganze System über den Haufen warfen. Die allgemeine Zwangswehrpflicht ist keine Einrichtung, die verdient, aufrechterhalten zu bleiben. Was man uns so oft als gut an ihr lobte, hat sich in den letzten Wochen und Monaten als leerer Schein erwiesen. Mit der Aufhebung der Dienstpflicht ist die wesentlichste Bedingung der Abrüstung erfüllt. Eine wesentliche Voraussetzung ist natürlich das gleiche Vorgehen in den anderen Staaten. Lloyd George hat für England den Abbau der Wehrpflicht bereits in Aussicht gestellt. Dasselbe wird Amerika tun. Frankreich kann sich diesem Vorgehen nicht entziehen. Rußland hat die Wehrpflicht bereits abgeschafft. Bleiben die alten Rüstungen, so kommt auch der alte Zustand wieder und über kurz oder lang ein neuer Krieg mit dem Untergang der Zivilisation. Die Abrüstung fördert das Vertrauen auf den Rechtsfrieden, da die in dem Vorhandensein großer Heere liegenden gegenseitigen Bedrohungen fortfallen. Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern muß sein, und dafür genügt eine starke Polizeimacht, die ich mir allerdings anders denke als derzeit in der Reichshauptstadt (heitere Zustimmung), wo der unbewaffnete Polizist einen bewaffneten Soldaten als „Schutzdame" erhält. (Heiterkeit.) Das Maß des notwendigen Grenzschutzes wird durch internationale Verständigung festgelegt, die auch die Höhe der gesamten Rüstungsausgaben umschließt.

Freiheit der Meere.

Die Freiheit der Meere als ein Teil der Freiheit des Weltverkehrs liegt schon im Begriff der Abrüstung. Solange eine Nation aber alle anderen auf dem Meere übertrifft und alle wichtigen Meerengen und Meeresstraßen besitzt, besteht eine tatsächliche Bedrohung für die anderen Nationen. Die Machtmittel zur Auf-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

rechterhaltung der Vorherrschaft zur See sind ein Machtfaktor von großer politischer Bedeutung, die einen Drohcharakter in sich schließt. Wie der Imperialismus zu Lande die Bedrohung des Friedens darstellt, so nicht minder der Marinismus. Die Abrüstung zur See ist von gleicher Notwendigkeit wie die Abrüstung zu Lande. Die Freiheit der See ist dann gewährleistet, wenn keine bewaffneten Kriegsschiffe mehr auf hoher See fahren, es sei denn als Polizeischiffe für den neu zu schaffenden Völkerbund. Der Schutz des Privateigentums im Landkrieg muß auf die See ausgedehnt werden, wodurch Seebeuterecht und Blockaderecht verschwinden.

Offene Tür, Meistbegünstigungsklausel.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung zum Völkerbund ist die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung. Wenn alle Völker zu arbeiten und zu essen haben, kaufen und verkaufen können, ist die Gefahr von Kriegen stark herabgemindert. Das Prinzip der offenen Tür, die Möglichkeit für alle, ihre Bedürfnisse unter gleichen Voraussetzungen überall decken zu können, die Anerkennung des Grundsatzes der Meistbegünstigung sind wesentliche Bedingungen des Völkerbundes. Kein Volk darf ein anderes Volk im Bezug lebenswichtiger Waren begünstigen. Das schafft Verstimmung. Ein Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß wäre das größte Hindernis für die Annäherung der Nationen und für einen dauerhaften Frieden. Präsident Wilson, der unermüdliche Vorkämpfer für den Völkerbund, hat sich daher von Anfang an und jederzeit scharf gegen jeden Wirtschaftskrieg ausgesprochen, auch gegenüber Tendenzen, die auf englischer Seite bestehen. Die Durchführung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz würde die Welt in zwei Lager teilen und die Blockade Deutschlands verewigen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Internationaler Arbeiterschutz.

Zweck und Ziel des Völkerbundes sind weiter die internationale Regelung des Arbeiterschutzes, des Arbeiterrechtes und der Arbeiterversicherung. Auf diesem Gebiet darf Deutschland für sich in Anspruch nehmen, daß es Wegweiser geworden ist. In den letzten 25 Jahren mußten wir öfters bedauern, daß die Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter, die Deutschland durchführte, nicht willige Nachahmer anderwärts fanden. Die Einführung eines Maximalarbeitstages für das ganze Industrieleben ist unbedingt geboten. Frauen und Kinder, die sich im Kriege besonders hart anstrengten, müssen internationalen Schutz erhalten. Den freien Samstagnachmittag als die Vorbereitung auf den völlig arbeitsfreien Sonntag nimmt das deutsche Volk gern als Nachahmung eines erstrebenswerten englischen Vorbildes an.

Kolonialfrage.

Der Völkerbund hat in den Kreis seiner Aufgaben auch eine Verständigung über die afrikanischen Kolonien zu beziehen. Der Ausschluß Deutschlands vom Kolonialbesitz wäre eine kulturelle Ungerechtigkeit und eine unbegründete Zurücksetzung gegenüber der belgischen und der portugiesischen Kolonialwirtschaft. Man kann den Tschechen nicht die deutsche Lieblingskolonie Togo versprechen und Deutschland aus Afrika ausschließen. Deutschland wünscht in Uebereinstimmung mit Präsident Wilson die Regelung der gesamten Kolonialfragen nach dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit und der Billigkeit. An die Verständigung über die Kolonialfragen muß die Neutralisierung Afrikas sich anschließen, um die Militarisierung der schwarzen Völker unmöglich zu machen und ihre Verwendung gegen die weiße kulturtragende Rasse zu unterbinden.

So hat der Völkerbund die großen Aufgaben der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, der Abrüstung,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, der Verständigung über die Kolonien, kurz: er will die Kriege verhüten, indem er die Kriegsursachen zu beseitigen sucht.

Exekutive des Völkerbundes.

Der Völkerbund kann nicht ohne Exekutive sein. Als organisierte Gemeinschaft der Völker braucht er wie der organisierte Staat die Machtmittel, die ihn nach innen wie nach außen schützen. Was ein Staat ohne organisierte Macht im Innern bedeutet, sehen wir an den jetzigen Verhältnissen, wo ein paar Matrosen mit einem Maschinengewehr den Reichskanzler in seinem Palais festsetzen können. Eine Regierung ohne Macht gleicht einer wandernden Schauspielertruppe. Der Völkerbund ohne Macht ist ein Phantasiegebilde. Die Rolle, die bisher jeder Staat für sich übernahm, ist im Völkerbund von der Gemeinschaft der Völker zu übernehmen. Starke Mittel stehen dem Völkerbund auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet zur Verfügung und nicht zuletzt auf kulturellem. Er spricht die Acht und Aberacht aus über freventliche Verletzer des Völkerbundes. Waren die Heere der einzelnen Staaten bisher Symbole des Krieges, so sind die Machtmittel des Völkerbundes Symbole des Friedensschutzes.

Völkerbund und heutige Weltlage.

Manche sehen den Völkerbund und seine Ideologie wohl als erstrebenswert an, kommen aber in Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse zu dem Schluß, daß angesichts des Verhaltens der Entente von seiner Verwirklichung nicht die Rede sein könne. Sie weisen besonders auf die schweren Waffenstillstandsbedingungen hin. Aber gerade darum liegt es an dem deutschen Volk, die Stimme der Gerechtigkeit zu erheben und dem Siegesrausch der Gegner durch Betonung moralischer Momente entgegenzuwirken. Kein Völkerbund

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

ohne Opfer. Deutschland bringt bittere Opfer für seine eigene und der Welt Zukunft. Es hat klar und ohne Vorbehalt die 14 Punkte Wilsons angenommen. Es hat sich damit bereit erklärt, die elsaß-lothringische und die polnische Frage als gegeben zu betrachten. Es hat sich im Prinzip mit dem Schadenersatz einverstanden erklärt. Aber das deutsche Volk darf nicht so willenlos und schwach werden, daß es ohne Widerspruch sich zum Spielball der Sieger machen ließe. (Beifall.) Deutschland ist gewiß derzeit wehr- und waffenlos, aber neben der eigenen aufbauenden Kraft steht ihm sein Wille zum Recht zur Verfügung, um sich national und international zu behaupten. Deutschland folgt heute nur einem Leitstern: Gerechtigkeit. (Beifall.)

Elsaß-Lothringen.

Wenn man das Vorgehen der Franzosen in Elsaß-Lothringen und die Ansprüche auf deutsches Gebiet, welche Polen und Tschechen erheben, ermißt, so könnte man bezweifeln, ob die Entente eine Aussöhnung und einen Völkerbund anstrebt. (Sehr richtig.) Und doch lasse ich die Hoffnung nicht begraben, es sei denn, die ganze Entente würde wortbrüchig werden. (Lebhafte Zustimmung.) Deutschland hat nur die 14 Punkte Wilsons und die späteren Erklärungen des Präsidenten angenommen. Mehr aber auch nicht. (Beifall.) Deutschland ist gewillt, diese 14 Punkte loyal durchzuführen. Von einem Darüberhinaus kann keine Rede sein (Beifall), und das um so weniger, als auch die Entente diesen Punkten feierlichst zugestimmt hat. (Beifällige Zustimmung.) Nach Punkt 8 des Wilson-Programms hat sich Deutschland bereit erklärt, das „Unrecht von 1871" wieder gut zu machen. Danach hat rein französisches Gebiet ohne weiteres an Frankreich zurückzufallen.

Fürst Bismarck lehnte dessen Erwerbung schon 1871 ab und hat sich nur schweren Herzens dem damals herrschenden Gebot der Grenzsicherung gefügt. Die Be-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

völkerung von Elsaß-Lothringen muß aber selbst entscheiden über ihr politisches Schicksal. (Beifall.) Treibt Frankreich Gewaltpolitik gegenüber diesem urdeutschen Volk und Land, so muß die Welt heute schon wissen, daß der Völkerbund den Todeskeim in sich tragen würde. (Sehr gut!) Bezüglich Polens hat Deutschland einen unabhängigen polnischen Staat nach den Wilsonschen Punkten angenommen. Dieser Staat soll alle unzweifelhaft polnischen Gebiete umfassen und einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzen. Gerade diese Vereinbarung zwischen Deutschland und der Entente schließt aber die polnischen Ansprüche auf Danzig, Westpreußen und alle anderen deutschen Gebietsteile aus. (Beifall.) Die ungerechte Gesetzgebung gegen die Polen habe ich immer bekämpft und mit meiner Sympathie für das polnische Volk nicht zurückgehalten; gerade darum sage ich ganz offen: wenn die Polen glauben, ihre Ansprüche z. B. auf Danzig mit der Notwendigkeit eines freien Zuganges zur See begründen zu können, so muß ich ihnen Wilson entgegenhalten, der am 22. Januar 1917 in seiner Ansprache an den Senat ausführte: **Polen.**

„Außerdem sollte, soweit wie irgend durchführbar, jedem Volk, das jetzt um die volle Entwicklung seiner Mittel und seiner Macht kämpft, ein direkter Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Meeres zugebilligt werden. Wo dies nicht durch Abtretung von Territorium geschehen kann, kann es zweifellos durch die Neutralisierung direkter Wegerechte unter der allgemeinen Friedensbürgschaft geschehen. Bei gerechten Vereinbarungen dürfte kein Volk vom freien Zutritt zu den offenen Pfaden des Welthandels abgeschlossen bleiben."

Damit hat Wilson einen Weg vorgezeichnet, auf dem die Polen einen Zugang zur See bekommen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

können, ohne zu einer brutalen, durch nichts berechtigten und auch von Wilson abgelehnten Annexion zu greifen.

Wenn die Welt glauben sollte, das wehrlose Deutschland könne jetzt zerstückelt werden, so mag vorübergehend angesichts unserer Machtlosigkeit der Siegesrausch sich befriedigen, auf die Dauer aber nicht. Nur neue Kriege würden die Folge sein. Als Deutscher allerdings blicke ich schmerzbewegt auf die Entwicklung der Dinge. Alle Völker, selbst kleine und vor wenigen Jahrzehnten noch unbekannte, konsolidieren sich. Frankreich zieht die letzten Splitter früheren Gebietes an sich, Italien die letzten Außenseiter, die Dänen die kleinen Volksteile in Nord-Schleswig, das Polenreich gründet sich neu, ein Litauen entsteht, Letten und Esten bilden selbständige Staaten. Die Südslawen vereinigen sich, Tschechen und Slowaken bilden einen neuen Staat, ein Groß-Rumänien wird erwachsen. Glaubt jemand in der Welt, daß nur das deutsche Volk gewaltsamerweise zerstückelt werden könne? Glaubt man, daß man einen dauerhaften Zustand und dauernde Ruhe in Europa erreichen werde, wenn Deutschland zerfleischt am Boden liegt? Ein national zerrissenes und geteiltes Deutschland ist die größte Gefahr für den Völkerbund (sehr richtig!), das deutsche Volk geeint und geschlossen aber die beste Bürgschaft für die Haltbarkeit des Völkerbundes. (Zustimmung.) Präsident Wilson hat die Wahrheit dieses Satzes anerkannt. In Paris und London scheint man noch nicht so weit zu sein. (Sehr richtig!)

Schadenersatz. Dem Völkerbund droht aber noch eine zweite große Gefahr: die Regelung des Schadenersatzes. Französische und englische Blätter überbieten sich in märchenhaften Forderungen, die sie an des deutschen Volkes Zahlungsvermögen und Arbeitskraft stellen. Mehrere

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Hundert Milliarden Mark werden als das Minimum des Schadenersatzes angekündigt. Die Phantasie hat weitesten Spielraum. Dabei vergißt man drüben wie vielfach bei uns, daß in der Schadenersatzfrage bereits eine prinzipielle Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten herbeigeführt worden ist. (Sehr richtig!) Gewiß hat keine andere Frage während des Krieges ein so wechselvolles Schicksal gehabt, wie die Frage der Kriegsschäden. Von verantwortlicher Stelle hat man einstens bei uns gesagt — ich habe jedesmal dagegen protestiert —, daß wir den Gegnern die „Bleikugeln der Milliardenschuld" an die Füße binden würden. Das deutsche Volk als solches hat sich auf diesen Standpunkt nicht gestellt. Schon die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 hat sich gegen finanzielle und wirtschaftliche Vergewaltigung ausgesprochen. Die Friedenskundgebung des Papstes vom 1. August 1917 enthält in dieser Beziehung folgende Sätze:

„. . . Was den Ersatz der Schäden und der Kriegskosten betrifft, so sehen wir kein anderes Mittel, die Frage zu lösen, als daß wir den allgemeinen Grundsatz eines vollständigen und gegenseitigen Verzichtes aufstellen, der im übrigen durch die unendlichen, aus der Abrüstung sich ergebenden Wohltaten gerechtfertigt ist; dies um so mehr, als die Fortsetzung eines solchen Blutvergießens einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu verstehen wäre. Wenn es andererseits noch besondere Gründe für gewisse Fälle geben sollte, möge man sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwägen."

Deutschland hat die Friedensnote des Papstes angenommen und sich zu dem Standpunkt „ohne Kontributionen" bekannt. Aber ein weiteres ist geschehen: Durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons und seiner darauffolgenden Kundgebungen ist die Frage des

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Schadenersatzes bereits prinzipiell geregelt. Darüber muß ich eingehender sprechen, nicht nur für die Anwesenden, sondern für unser Volk und für unsere Gegner. In seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1917 erklärte Wilson:

„Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgerichtet werden."

In Punkt 8 der Rede erklärte er:

„Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden."

Das sind die beiden einzigen Forderungen an uns, die Wilson über die Schadenersatzfrage aufgestellt hat. Er bleibt sich in allen seinen Kundgebungen hierin treu. Am 11. Februar 1918 führte er gegenüber dem Kongreß im Anschluß an die erwähnte Reichstagsresolution aus:

„Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben ..... Graf Czernin sieht ein, daß Belgien zu räumen und wiederherzustellen ist, gleichgültig, was das für Opfer und Zugeständnisse mit sich bringen mag."

In seiner Rede vom 4. Juli 1918 hat Präsident Wilson als Punkt 2 aufgestellt:

„Regelung aller Fragen sowohl der territorialen sowie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar davon betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgend eines anderen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht."

In seiner Rede in New York vom 27. September 1918 bezeichnete Wilson für alle, welche an den Verhandlungen teilnehmen, als „einzigen Preis" „die unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt, gleichgültig, wessen Interesse dadurch durchkreuzt wird."

So der Stand der Dinge, als die deutsche Regierung an Präsident Wilson herantrat, um die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Die deutsche Regierung erklärte in der Note vom 5. Oktober 1918:

„Die deutsche Regierung . . . . nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an."

Damit war allerdings, wie ich zugebe, nur eine völlige Uebereinstimmung zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und zwischen Deutschland herbeigeführt. Die Entwicklung im Monat Oktober brachte jedoch einen endgültigen Abschluß. Präsident Wilson teilte am 23. Oktober 1918 der deutschen Regierung mit:

„. . . . . Der Präsident hat . . . . . seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbrei-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

ten, der die Interessen der bezeichneten Völker in vollem Maße wahrt."

Die darauf ergangene Antwort sämtlicher Alliierten bezüglich des deutsch-amerikanischen Notenwechsels, wie sie Wilson am 5. November uns wissen läßt, lautet:

„Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich so genannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Durch dieses Memorandum der Alliierten ist soweit vollkommene Uebereinstimmung mit Ausnahme des Punktes über die Freiheit der Meere unter den Alliierten mit Präsident Wilson herbeigeführt worden. Andererseits wiederum besteht vollkommene Uebereinstimmung zwischen Wilson und Deutschland. Dadurch ist namentlich in der Frage des Schadenersatzes ein vollkommen klares Rechtsverhältnis zwischen Deutschland und sämtlichen Alliierten bereits geschaffen worden. Das geht besonders deutlich hervor aus der Note Lansings vom 5. November 1918, die er an Deutschland richtete, und in welcher er im Anschluß an das soeben mitgeteilte Memorandum der Alliierten zur Schadenersatzfrage ausführte:

„Der Präsident hat mich (Lansing) mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist."

Mit anderen Worten: Präsident Wilson ist der Auslegung, welche die Alliierten der Schadenersatzfrage gegeben haben, beigetreten, nicht aber der Auslegung, welche die Alliierten über die Freiheit der Meere wünschten. Diese Auslegung ist noch offen. Endgiltig abgeschlossen aber ist die Frage des Schadenersatzes. An diesem festen Abkommen zwischen Deutschland, Wilson und den Alliierten kann niemand mehr rütteln. Präsident Wilson ist auch nicht nach Europa gekommen, um die Frage des Schadenersatzes zu regeln, sondern, wie er in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1918 deutlich sagt:

„Ich schulde unseren Soldaten, soweit es in meiner Macht steht, dafür zu sorgen, daß man unsere Ideale nicht falsch auslege und daß man sein möglichstes tue zu ihrer Verwirklichung. Ich habe jetzt die Pflicht, meine Rolle zu Ende zu führen."

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

So der Tatbestand nach den amtlichen Schriftstücken, welche die Voraussetzung für die Einleitung der Friedensverhandlungen und für den Abschluß des Waffenstillstandes sind. — Wenn ich sonach in aller Klarheit den ganzen Notenwechsel überblicke, so ergeben sich folgende Sätze:

1. Es besteht vollkommene Uebereinstimmung zwischen Deutschland und sämtlichen Alliierten über die Frage der Kriegsschäden im weitesten Sinne des Wortes.

2. Die unmittelbaren Kriegskosten, die jede Nation aufgebracht hat, sind von ihr selbst zu tragen.

3. Alle anderen Kriegsschäden, soweit sie nicht ausdrücklich in dem erwähnten Notenwechsel aufgezählt sind, deckt gleichfalls jedes Land für sich selbst.

4. Deutschland ist zu Schadenersatz verpflichtet für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.

5. Deutschland hat alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Land und zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt hat, zu ersetzen.

6. Die Frage, wie dieser Ersatz zu leisten ist, wird durch die Friedensverhandlungen geregelt. Es darf aber als feststehend angesehen werden, daß unsere Kriegsgefangenen zur Leistung dieses Schadenersatzes nicht verpflichtet werden können (sehr richtig!), da in dem Waffenstillstandsabkommen von den Alliierten bereits zugesagt worden ist, daß die Frage der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen beim Präliminarfrieden geregelt werden wird.

Zu mehr hat Deutschland sich nicht verpflichtet, mehr kann ihm auch nicht auferlegt werden. (Beifall.) Deutschlands Ausplünderung macht den Völkerbund unmöglich,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

liegt auch nicht im Interesse der Entente. Eine Kuh ohne Euter gibt keine Milch. — (Zustimmung.) Deutschland hat die Waffenstillstandsbedingungen auch nur unter der Voraussetzung dieser Beschränkung der Schadenersatzpflicht angenommen. Die Entente hat dem eben angeführten Memorandum an Wilson zugestimmt. Die Gründung des Völkerbundes kann und darf nicht mit einem Wortbruch eingeleitet werden. (Beifällige Zustimmung.)

Wie sind die Aussichten für den Völkerbund überhaupt? Es ist nicht unbekannt, daß die jetzigen maßgebenden Kreise der Entente lieber dem Siegergedanken als dem Völkerbundgedanken sich hingeben würden. Dazu liegt eigentlich keine Veranlassung vor, denn von einem Sieg der Entente im alten Sinne kann man nicht sprechen. Das deutsche Heer ist nicht besiegt. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk hat vor sich selbst kapituliert. Eine welthistorische Persönlichkeit hält fest am Völkerbund: Präsident Wilson, der im Deutschland des alten Regimes so oft unwahrerweise zu einem Ausbund von Falschheit und Hinterlistigkeit sowie Geschäftsgier gemacht worden ist. Der große ethische Zug im politischen Charakter Wilsons ist nicht zu verkennen: zu bewundern ist seine Standhaftigkeit und die Humanität seiner Gedankenwelt. Der Völkerbund hat ihn während des ganzen Krieges begleitet. Amerika ist der ritterliche Gegner, den Deutschland hat. (Beifall.) Der Erlaß des Generals Pershing an die amerikanischen Truppen der Besatzungsarmee in Deutschland ist getragen von einer anerkennenswerten Würde und hohen Gesinnung. (Beifall.) Er deckt sich mit den Erfahrungen, die die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier mit dem Verhalten der amerikanischen Soldaten und Offiziere gemacht hat. Mehrfach wurde mir dienstlich wie privatim zum Ausdruck gebracht, daß die ameri-

Wilson und Völkerbund.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

kanischen Offiziere die Durchführung der von Marschall Foch über uns zeit- und teilweise verhängten Internierung bedauerten.

Wilson kämpft jetzt einen schweren Kampf. Aus all seinen Aeußerungen geht das hervor. Schon vor seiner Abreise nach Europa sagte er, daß er nach dem Kontinent fahren wolle, um darüber zu wachen, daß seine Ideen nicht auf dem Papier stehen blieben und nicht gefälscht würden. In den Vordergrund schiebt er, seitdem er Europas Boden betreten hat, bei allen Kundgebungen den Völkerbundgedanken. Er hält an der Auffassung fest, daß der Völkerbund unzertrennlich vom Frieden ist, und daß keine Nation das Recht für sich beanspruchen kann, die Rolle eines Herrn auszuüben. Diese Mission bringt Wilson auch in seiner Pariser Sorbonne-Rede zum Ausdruck, worin er die Aufgaben der Friedensunterhändler dahin kennzeichnet, daß sie nicht Herren, sondern Diener der Menschheit seien, und wo er das Wort spricht:

„Wenn man den Geboten der Menschlichkeit kein Gehör schenke, werde man den stärksten und wohlverdientesten Bankrott erleiden, der je in der Geschichte vorgekommen sei."

Ein Blick in die feindliche Presse zeigt, mit welchem Eifer die Frage des Völkerbundes debattiert wird. Sir Edward Grey, der am 31. Juli 1914 in leider zu wenig beachteter Weise bereits für den Völkerbund eintrat und am Tage vor dem Kriegsausbruch unter der Voraussetzung der Ueberwindung der Krisis eine innigere Verständigung zwischen den Mächten als bisher erhoffte, ist während des ganzen Krieges sich selbst treu geblieben. — Die französische Literatur hat ungemein viel dem Völkerbundgedanken gedient, aber die Zahl der Männer, die heute im sieg-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

reichen Paris ihre Stimme für den Völkerbund erheben, ist noch klein und wächst nicht. — Die neutrale Presse der großen und kleinen Staaten trat in anerkennenswertem Eifer immer für den Völkerbund ein.

Völkerbund und deutsche Oeffentlichkeit.

Zu meinem großen Bedauern muß aber festgestellt werden, daß bei uns in Deutschland wie allen Fragen der großen Politik, so auch dem Völkerbund gegenüber eine große Unwissenheit und Apathie herrscht. Ich habe darum den heutigen Vortrag in der Handelshochschule gern übernommen; denn der Völkerbund der Zukunft, wie er werden soll, ist die bleibende Handelshochschule der Welt. Kürzlich ist in Berlin die „Deutsche Liga für den Völkerbund" gegründet worden zu dem Zwecke, das Interesse aller Kreise in Deutschland für die wichtige Sache des Völkerbundes zu erwecken und zu vertiefen. Unser Volk muß aus der Betäubung der Niederlage zu neuem politischen Leben erweckt werden. (Beifall.) Deutschland schläft, ein Teil von Deutschland phantasiert. (Sehr richtig!) Derweilen baut sich draußen eine neue Welt. Sollen wir wiederum in einem Abschnitt deutscher Geschichte leben, in welchem die Welt verteilt wird, solange Deutschland in Ohnmacht daliegt? Ich gehe nicht zu weit, wenn ich im Hinblick auf die Außenpolitik sage: der gute deutsche Michel schläft einen tiefen Schlaf. (Sehr richtig!) Unser Volk muß erwachen, es muß zur Tat sich aufraffen. Für Verzagtheit und Kleinmut ist kein Raum. Der deutschen Arbeit und der deutschen Tatkraft bleibt immer eine große Zukunft, wenn durch den Völkerbund die Straße der Gerechtigkeit auf der ganzen Welt geebnet ist. (Beifall.) Aber von selbst fliegt uns nichts zu. Mit Sinn und Herz, Verstand und Willen müssen wir uns eingliedern in die weltbewegenden Gedanken des Völkerbundes. Eine Umstellung unseres außenpolitischen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Denkens ist notwendig für jeden einzelnen. Schule und Hochschule müssen den neuen Geist pflanzen und fördern. Die Parteien müssen sich in seinen Dienst stellen. Unserer Presse bleibt die große Aufgabe der Erziehung zu den bleibenden Gedanken des Völkerbundes. Die Menschheit steht wieder am Scheidewege: Entweder der Völkerbund mit seinen neuen ewig alten sittlichen Ideen oder: über kurz oder lang neue Kriege mit dem Ruin der Welt. Die Wahl sollte nicht schwer fallen. (Sehr richtig!)

Am heutigen Tage feiert die Christenheit das Gedächtnis dessen, der den ewigen Namen trägt: Johannes, der Liebesjünger. Durch Wort und Tat hat er das eherne Gesetz des Völkerbundes verkündet: „Kindlein, liebet einander —". Die weltumspannende Gottes- und Nächstenliebe muß gerade in diesen Tagen der Unruhe und Umwälzung Leitstern für den Einzelmenschen wie für die Völker sein, damit durch wahrhaftes, soziales Christentum auf dem Wege der Gerechtigkeit die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengeführt wird. Je kräftiger das deutsche Volk unter voller Wahrung seiner nationalen Eigenart dem Völkerbundgedanken dient, desto mehr nützt es sich selbst und der Welt. Darum allüberall an die notwendige, segenbringende Arbeit für das Gemeinwohl! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Für jeden Leser dieser Schrift

Von demselben Verfasser erschien eine umfassende Materialiensammlung zum Völkerbundgedanken unter dem Titel:

Der Völkerbund
Der Weg zum Weltfrieden

Preis 3 Mark

196 Seiten Umfang mit folgenden Kapiteln:

I. Der Schrei nach dem Völkerbund. – II. Weltfriedenssicherungen in der Geschichte. – III. Das Papsttum und der Friede. – IV. Deutschland und der Weltfriede. – V. Vorläufer des Völkerbundes. – VI. Allgemeine Voraussetzungen des Völkerbundes. – VII. Obligatorisches Schiedsgericht. – VIII. Abrüstung. – IX. Freiheit des Weltverkehrs. – X. Wirtschaftliche Gleichberechtigung und offene Tür. – XI. Kolonialfragen. – XII. Ewig neutrale Staaten. – XIII. Verfassung und Machtmittel des Völkerbundes. – XIV. Die neue Zeit. – XV. Entwurf der Verfassung des Völkerbundes.

Was hier geboten wird, ist nicht Kritik, nicht Auseinandersetzung mit andersdenkenden Kreisen, sondern ein planmäßiger Aufbau eines Völkerbundes, für den auch der Versuch eines Verfassungsentwurfs gemacht wird.

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW 61.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Druck: Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf